

## 42. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 02.07.20

Frage Nr.: 2667

=====

Herr Stadtv. Kirchner - CDU -

### Antisemitische Vorfälle

Laut Auskunft der Bildungsstätte Anne Frank gab es in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt 59 antisemitische Vorfälle und 54 Vorfälle im Zusammenhang mit religiös motivierten Konflikten. Bis auf diese Zahlen liegen der Stadtverordnetenversammlung auf Grundlage einer Anfrage vom 12.09.2018 noch keine weitergehenden Informationen zur Art der Vorfälle vor.

Dies vorangestellt, frage ich daher den Magistrat:

Um welche Vorfälle, wie zum Beispiel verbale oder physische Gewalt et cetera, handelte es sich bei den Vorfällen im Einzelnen und gab es dabei Schwerpunkte in bestimmten Schulen oder Stadtteilen?

### **Antwort:**

Laut der Bildungsstätte Anne Frank (BAF) melden sich ca. 10 Frankfurter Schulen pro Monat bzgl. antisemitischer Vorfälle. Jeden Monat wird mit ca. 17 bis 22 Jugendgruppen aus Frankfurt (inkl. Schulklassen) zu den Themen Rassismus/Antisemitismus/Diskriminierung gearbeitet; 11-15 Fortbildungen finden mit Erwachsenengruppen statt (inkl. Lehrer-Gruppen). (Alltags-) Diskriminierung gehört damit auch in Frankfurter Schulen zum Alltag. Im Bereich der Jugendhilfeangebote an Schulen berichten Mitarbeitende über Konflikte im Bereich Rassismus und Diskriminierung.

Die Schulen und Träger der kommunalen Förderprogramme in Schulen treten jeglicher Diskriminierung und/oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv entgegen und machen dies zum Thema. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Förderprogramme verstehen die Förderung einer positiven Schulkultur ohne Rassismus als Angebots- und Querschnittsaufgabe. Sie gestalten und begleiten Lernprozesse mit dem Ziel, gegenseitigen Respekt, Wertschätzung und Anerkennung von Vielfalt zu einem selbstverständlichen Teil der Schulkultur zu machen. Im Bereich der Sozialpädagogischen Förderung an beruflichen Schulen bietet das Stadtschulamt zur Sensibilisierung einer demokratischen Wertegemeinschaft Vertiefungsangebote und Trainings zu den Themen Vorurteile, Rassismus, Demokratie in der Einwanderungsgesellschaft, Möglichkeiten von Partizipation und Mitgestaltung an.

Die Bildungsstätte Anne Frank arbeitet seit zwei Jahrzehnten mit Frankfurter Schulen und berät präventiv sowie in akuten Konflikten zum Umgang mit antisemitischen, rassistischen und anderen diskriminierenden Vorfällen. Dazu arbeiten junge Trainer\*innen mit Jugendlichen (Schüler\*innen) und Bildungsreferent\*innen mit Lehrkräften.

Laut BAF gibt es Fälle sowohl im Nordend als auch im Gallus - weshalb nicht von einem Schwerpunkt gesprochen werden könne. Es sind Gymnasien sowie IGS-Schulen, die sich an die BAF wenden um bei Konflikten rund um Antisemitismus zu beraten. Es handelt sich insbesondere um Konflikte in den Jahrgängen 7 bis 13.

Die überwiegenden Vorfälle sind verbaler Form. Schimpfworte wie "Du Jude" oder "Was für eine Judenaktion" und andere antisemitische Beschimpfungen. Auch gibt es zunehmend abwertende Äußerungen über Israel und die Situation mit den Palästinenser\*innen. Ein Hauptproblem ist Unwissen bei Jugendlichen und Lehrkräften. Eine Sensibilisierung für verschiedene Ausdrucksformen von Antisemitismus ist daher der erste Schritt.

Wichtig ist es, dass sich Schulgemeinden die Zeit nehmen, sich ausdrücklich mit der Präventionsarbeit und Diskriminierungsfällen zu beschäftigen. Denn noch immer fühlen sich viele jüdische Familien gezwungen, ihre jüdische Identität nicht preiszugeben.

Gerade auch die Unterstützung und Beratung von Opfern rassistischer und antisemitischer Gewalt wird darum immer wichtiger. Bestehende Angebote wie response. sollten gestärkt und ausreichend ausgestattet werden. Vor diesem Hintergrund kann der Magistrat nicht nachvollziehen, dass dringend benötigte Personalmittel des Landes Hessen nicht an die Bildungsstätte Anne Frank weitergegeben werden.

Sylvia Weber  
Stadträtin